

## Erneuerung der Demokratie durch Fachparlamente und Einführung eines qualifizierten Zufallselements in der Vertreterbestimmung

Warum die Demokratie in der Krise steckt: Das Parteiensystem. Also nicht weil die Parteien, die wir gerade haben, besonders schlimm wären und wir andere – natürlich dann besseren – Parteien nötig hätten, sondern weil unsere Demokratien sich überhaupt in der Zwangsjacke der Parteien bewegen.

Diese müssen nämlich Programme und Standpunkte zu verschiedenen Bereichen bündeln, um dann für sie als Paket zu werben. Über die Zusammensetzung des Pakets hat man sogar als Parteimitglied wenig Einfluss, und als Normalbürger erst recht kein Handhabe. Wer z.B. die Verkehrspolitik einer Partei unterstützen will, muss auch deren Bildungspolitik in Kauf nehmen; wer deren Verteidigungsstrategie befürwortet, muss – wenn auch wenn nur indirekt – deren Führungsgremium mitwählen.

Es gibt solide systemimmanente Gründe dafür, dass die Parteien entstanden sind und fortbestehen. Das Kernproblem liegt in der Summierung der Meinungen bzw. Standpunkte und in einer erforderlichen Enge der Kandidatenauswahl. Das Problem der Summierung der Meinungen (der Aggregation) besteht ja auch bei Volksabstimmungen. Jede politische Linie, über die direkt abgestimmt werden soll, muss Nuancen außer acht lassen: ähnliche (rivalisierende) Vorschläge müssen ignoriert werden, damit sämtliche Wähler über die gleiche Sache abstimmen und nicht ihr Ja oder Nein durcheinander an verschiedene nur gedachte Linien vergeben.

Ein Parlament, in dem die Vertreter sich mit angemessener Regelmäßigkeit zu Wort melden sollen, kann ferner eine bestimmte Größe nicht übersteigen. Bei fünfhundert Vertretern ist ein solches Parlament gerade noch vertretbar, bei fünftausend nicht mehr. Damit konzentriert sich notgedrungen die Aufmerksamkeit auf die Person und die Persönlichkeit eines jeden möglichen Kandidats. Bereits der Kandidat für eine Wahlliste muss es möglichst vielen in seiner Partei recht machen und daher auf eine klare Meinungsäußerung bei vielen Themen verzichten. Am besten gar keine Meinung erst herausbilden

bzw. eine möglichst konventionelle Meinung vertreten. Ist er einmal an die Macht gekommen, weiss er deshalb womöglich nicht, was er mit dieser Errungenschaft bewirken will.

Die charakterlichen Qualitäten, die eine sachliche Teilnahme an politischen Entscheidungen ermöglichen, müssen nicht – vielleicht können sie auch nicht – mit den Eigenschaften übereinstimmen, die zu einem Wahlsieg führen. Nicht zuletzt durch die Art der Berichterstattung in den Medien wird die Achtsamkeit nicht etwa auf die sachliche Debatte gelenkt, sondern auf die Persönlichkeit – der persönlichen Ausstrahlung – der Mitspieler. Somit entstehen die Voraussetzungen für Fehlentscheidungen bzw. die Verweigerung, tatsächlich erforderliche Entscheidungen zu thematisieren.

Plädoyer für Fachparlamente (bereichsspezifische Räte), die direkt gewählt werden.

I.  
Grundlegender Ansatz (Theorie)

Es ist nicht erforderlich noch ist es wünschenswert, für sämtliche Entscheidungskonflikte von vornherein ein Verfahren oder eine Entscheidungshierarchie festzulegen. Das wäre auch nicht im Sinne einer offenen Gesellschaft. Natürlich wohl aber muss für die meisten Entscheidungskonflikte ein Verfahren festgelegt werden, wie doch Konsens zu erreichen ist.

Meine Ansätze sind jeweils ad hoc: sie sind nicht für die Ewigkeit gedacht, aber für ein paar Generationen. Jedes System – und sei es noch so solide und durchdacht – nutzt sich mit der Zeit ab. Die Schlaunen und die Opportunisten finden nach und nach heraus, wie es rechtlich untergraben oder umgangen werden kann, und die braven Gesetzestreue geben diesen Missgeburten lange wenn auch widerwillig statt.

Man kann nie von vornherein mit Sicherheit wissen, wie ein System in der Praxis umgesetzt wird. Es kann sich sowohl noch günstiger als

gedacht aber auch ungünstig erweisen. Dies bedeutet nicht, dass man nicht auf etliche Eventualitäten bedacht sein sollte: bloß sollte man sich davor hüten, die Dilemmas vor ihrer Zeit lösen zu wollen.

Es geht ferner darum, dass wir nicht die Option haben, ein System auf der grünen Wiese zu errichten. Die hier vorgestellten Konzepte sind bereits fast revolutionär: aber die Ideen in den Köpfen lassen sich leider nicht noch schneller erneuern und verändern.

Noch ein Grundsatz: das System darf nicht so kompliziert sein, dass die Grundzüge nicht von vielen unmittelbar verständlich sind.

## II. Kompetenzen der Fachparlamente

Nach mir werden Fachparlamente errichtet, die sich mit bestimmten Themenbereichen befassen und mit einfacher Mehrheit Gesetzesentwürfe verabschieden. Diese Bereiche könnten sein z.B.  
Verkehrswesen  
Energiewirtschaft  
Bildungswesen  
Gesundheitswesen  
Steuererhebung (d.h. nicht die Ausgabenpolitik, sondern lediglich die Gestaltung und Höhe der verschiedenen Steuerarten)  
Ethische Fragen (z.B. Dilemmas um die Erzeugung und das Ende des Lebens, der Schutz und Abgrenzung des Privatbereichs und Fragen der Selbstbestimmung, Rede- und Informationsfreiheit)

Ist einmal ein Gesetzesentwurf von dem zuständigen Fachparlament verabschiedet worden, muss er von anderen eventuell betroffenen Fachparlamenten bzw. von einem Universalparlament begutachtet werden. Diese können den Beschluss des initierenden Fachparlaments mit Zweidrittelmehrheit auch kippen. Somit ist mindestens eine Kontrollinstanz vorhanden.

Natürlich kann man daneben für weittragende Konflikte, bei denen sich sonst kein Konsens abzeichnet, als Letztinstanz noch immer Volksbefragungen durchführen.

### III.

#### Wahl der Fachparlamente

Ein Fachparlament könnte um die fünfzig Mandate umfassen.

Hier denke ich an ein Parteienverbot. Aber wie läßt sich ein Parteienverbot sinnvoll verwirklichen, ohne dass die Anzahl der Kandidaten und Meinungsbilder unübersichtlich wird? Der Prozeß könnte ungefähr so aussehen:

Wie üblich muss ein Kandidat als erster Schritt ein Quorum (Mindestzahl) an direkte Unterstützer (Mitzeichner) für sich gewinnen. Die Unterstützer dürfen nur eine begrenzte Zahl an Kandidaten (z.B. drei oder fünf) befürworten.

Damit kommt jemand in die Wahlliste. Auf einer Website (oder sonst in den Medien) stehen fachliche Qualifikationen und Hintergrund der Kandidaten, die auf eigene Websites und Veröffentlichungen mit ihren Stellungnahmen zu bestimmten Themen sowie ihrer allgemeinen Politik verweisen.

Eine Wahlliste für die ganze Bundesrepublik wäre zu groß, und auch für bestimmte Regionen bzw. Bundesländer noch immer so umfangreich, dass der Überblick verloren gehen könnte. Einzelne Wahlkreise, wie sie heute für den Bundestag bestehen, wären dagegen zu klein. Im übrigen kann die erforderliche Zahl der Mitzeichner so abgestimmt sein, dass die jeweiligen Listen noch zahlenmäßig handhabbar sind.

Jeder Wahlberechtigte hat mehrere Stimmen (z.B. fünf oder sieben), die er unter vielleicht zwei- oder dreihundert Kandidaten zu vergeben hätte.

Ein Drittel der Kandidaten bzw. die ersten hundert oder hundertfünfzig würden wie üblich aufgrund der erhaltenen Stimmen in eine engere Wahl (Auslese) kommen. Denkbar ist, dass bekannte Persönlichkeiten weitaus mehr Stimmen erhalten, als sie brauchen, um in die Auslese zu kommen. Sie dürften ihre Mehrstimmen an verbündete Kandidaten abtreten.

Und an diese Stelle setzt die wesentliche Erneuerung an:

Ein Los entscheidet darüber, welche der gewählten Kandidaten (der Auslese) tatsächlich ein Mandat im Fachparlament erhalten. Durch das Los wird je nach den Zahlenverhältnissen ein Drittel, eine Hälfte oder auch eine Mehrheit (Anteile hier wie immer nur Beispiele) der Kandidaten eliminiert.

IV.

Folgen für die politische Kultur

Durch dieses Verfahren wird Parteifunktionären und Karrieristen der Weg versperrt. Die Menschen, die in das Fachparlament kommen, können sich auf die sachliche Arbeit an Entscheidungen konzentrieren. Durch den Wegfall des Parteidiktates kann und muss jeder sein Stimmrecht selbstbewusst allein im Sinne des besseren Argumentes ausüben. Die Kräfte und Zeit der Abgeordneten fließen nicht mehr in die Pflege der guten Beziehungen zu den Parteigenossen oder den Medien, sondern in die ausgewogene Entscheidungsfindung.

Es geht nicht mehr vorrangig um Persönlichkeit und Medienwirksamkeit. Der Abgeordnete im Fachparlament weiß, dass er seine Funktion auch dem Zufall zu verdanken hat: dies führt zu Bescheidenheit und wirkt der Selbstgefälligkeit entgegen. Es werden andere charakterliche Eigenschaften gefördert.

Die Bandbreite der Menschen, die sich politisch engagieren können und wollen, wird erheblich ausgeweitet, Die öffentliche Debatte wird durch deren Teilnahme und Nähe zu den Bürgern angereichert. Neue Ideen und Wertvorstellungen finden schnell den Weg in die Entscheidungsprozesse anstatt – wie jetzt – ewig auf den Generationswechsel der Alteingesessenen warten zu müssen. Wir haben nach und nach eine demokratische Kultur, die des Namens würdig ist.